

# Pösemmer Zeitung.

Achtundsechzigster Jahrgang.

Mittwoch, 6. Januar  
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 12 Uhr Nachmittag angenommen.

1875

Annahme-Bureau:  
In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien bei G. F. Hanke & Co. —  
Königsberg bei G. F. Hanke & Co. —  
Kiel bei G. F. Hanke & Co. —  
In Berlin, Dresden, Göttingen beim „Jubiläumskauf.“

Announcements:  
In Bosen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wöchentlich 16.)  
bei G. F. Hanke & Co.  
Weichenstraße 14.  
in Gnesen bei Ch. Spindler,  
in Grätz bei G. Streifand,  
in Breslau bei Emil Hebbel.

Nr. 11.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Bosen 4 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

### Amthches.

**Berlin, 5. Januar.** Der König hat dem Mittelmeister der Reserve des Brandenb. Gul. Regts. (Zieh. Hul.) Nr. 3 Grafen von Knitz, unter Verleihung der Kommerherrn Würde, zum Hofmarschall des Prinzen Friedrich Karl von Preußen; und den Geh. Mediz. Rath Dr. Kernsandt in Berlin zum ord. Mitglied der wissensch. Dep. für das Medicinalwesen ernannt.  
Der Pastor Lic. theol. Hermann Sandrock zu Kemnath i. Schl. ist unter Verleihung des Professortitels zum Konsult. vortr. und Geistlichen Inspektor am Pädagogium zum Kloster U. L. Fr. in Magdeburg, der Privatdozent Dr. med. Friedrich Wilhelm Ernst Steudener und der Privatdozent, Direktor der Provinzial-Irren-Anstalt Dr. med. Moritz Koeppel in Halle sind zu außerord. Prof. in der mediz. Fakultät der dortigen Universität ernannt, dem Oberlehrer Dr. Karl Handow an der Posen. städtischen Gewerbeschule in Berlin ist das Prädikat „Professor“, dem Reallehrer Dr. Heinrich Friedrich Brack in Althersleben das Prädikat „Oberlehrer“ beigelegt, der prakt. Arzt Dr. Schlockow mit Verleihung seines Wohnsitzes in Koszin zum Kreis-Wundarzt des Kreises Rattow ernannt worden.

### Telegraphische Nachrichten.

**Paris, 5. Januar.** Die Beerdigung Ledru-Rollin's hat unter sehr großem Menschenandrang, aber ohne jeden Zwischenfall stattgefunden.  
**Madeira, 4. Januar.** Der Dampfer „Windsor Castle“ hat Nachrichten aus der Kapstadt überbracht, wonach die Schiffe: „Coquette“, „Campagne“, „Veralcon“, „Emile“, „Marie“, „Novabella“, „James Gibson“ und „Westminster“ bei East London in Folge stürmischen Wetters gescheitert sind. Die Mannschaft ist bis auf einen Mann gerettet worden. Der „Transvaal“ scheiterte bei Port Natal, die gesammte Schiffsmannschaft mit alleiniger Ausnahme des Kapitäns ist untergegangen. Ebendasselbst scheiterte ein mit Wehl beladenes anderes Schiff aus Australien, die Mannschaft desselben wurde gerettet.  
**Bukarest, 4. Januar.** Die neue Linie der rumänischen Eisenbahn von Pitesti nach Birciorova ist heute von der Regierung mit Binsenzarantie übernommen und wird morgen dem Verkehr übergeben.  
**New Orleans, 4. Januar.** In der gestrigen Versammlung von Louisiana kam es heute zwischen den Republikanern und den Konservativen, welche die Majorität in Anspruch nahmen, zu einem heftigen Konflikt. Der Gouverneur Kellogg intervenirte und rückte an der Spitze einer Abtheilung Regierungstruppen in den Versammlungssaal, aus welchem er 5 konservative Deputirte, deren Wahl angefochten war, gewaltsam entfernte. Die Konservativen protestirten gegen diese Maßregel und verließen mit dem Präsidenten den Saal. Die Republikaner blieben allein zurück und nahmen eine Botschaft des Gouverneurs entgegen. Der General Sheridan hat heute Abend das Kommando über die Truppen übernommen und nach Washington telegraphisch gemeldet, daß die Zivilregierung nicht im Stande sei, die Ordnung in der Stadt aufrecht zu erhalten.

### Die Absetzung eines Papstes.

Die ultramontanen Blätter haben sich in letzter Zeit mit der Frage beschäftigt, ob der Papst den König absetzen könne. Zu der entgegengesetzten Frage, ob der Kaiser den Papst absetzen könne, giebt die nachstehende historische Episode einen Beitrag.  
Bischof Lindprand von Cremona erzählt in seiner Geschichte Otto's des Großen:  
Im Herbst des Jahres 963 langte der Kaiser, von den Römern gegen ihren Papst Johannes zu Hilfe gerufen, vor Rom an. Der Papst entflo.  
Die Bürger aber nahmen den Kaiser mit allen den Seinigen in die Stadt auf und huldigen von Neuem, indem sie hinzusetzen und fest beschwören, daß sie (1) nie mehr einen Papst wählen oder einsetzen würden außer mit Genehmigung und nach der Wahl des Herrn und Kaisers Otto und seines Sohnes des Königs Otto.  
„Drei Tage darauf wurde auf Verlangen der römischen Bischöfe und des Volks in der Kirche des heil. Petrus eine große Versammlung gehalten, in der neben dem Kaiser die Erzbischöfe saßen und war: (es folgt eine seitenlange Aufzählung der geistlichen Beisitzer von den Erzbischöfen bis zu den Diakonen und untersten „Aboliten“ — Begleitern und Dienern der Geistlichen beim Gottesdienst — darunter der Erzbischof Walpert von Mailand und „von Sachsen der Erzbischof Adelac und Vandohard der Mindener Bischof, von Franken der Bischof Olfar von Speyer.“ Auch Lindprand, der Verfasser, war Beisitzer.) Von den Primaten der Bürgerschaft waren folgende zugegen: (folgen die Namen) und vom Volke Petrus mit dem Beinamen Imperiola mit der ganzen waffentragenden Mannschaft Roms. Während diese nun schweigend versammelt saßen hub der Kaiser also an: „Gut und ehrenvoll wäre es, wenn dieser erhabenen und geheiligten Versammlung der Papst Johannes beizuohnte. Warum er aber diese Zusammenkunft abgelehnt hat, das frage ich euch, ihr heiligen Väter, die ihr mit ihm zusammen lebt und wirkt.“ Da sagten die römischen Priester, Kardinal und Diakonen mit allem Volk: „Wunder nimmt es uns, daß eure Weisheit uns dies fragt, was selbst in Sibirien, in Babylonien, in Indien Jedermann bekannt ist. Dieser gehört schon nicht mehr zu denjenigen, welche in Schackelkleidern einhergehen, innen aber sind sie reizende Wölfe; er wüthet so offen, treibt so offen teuflische Werke, daß er gar keine Umschweife mehr gebraucht. Darauf der Kaiser: „Gerecht scheint es uns, daß die Anklagen einzeln und bestimmt vorgebracht werden; dann

wollen wir gemeinsam berathen, was zu thun sei.“ Da erhob sich Petrus, der Kardinal-Presbyter, und bezogte, er habe jenen eine Messe ohne Kommunikation abhalten gesehen. Johannes, der Bischof von Narni, und Johannes der Kardinal-Diakon erklärten, daß sie einst ihn in einem Pferdestable die Diakonatsweihe erteilen gesehen. Benedikt der Kardinal-Diakon mit den übrigen Diakonen und Priestern sagte aus, sie wüßten, daß er Bischöfe für Geld einsetze und einen Zehnährigen zum Bischof von Todi gemacht habe. Wegen der Anklage des Sakrilegs brauche man nicht erst nachzuforschen, da man mehr sehen als hören könne. Ueber seinen vielfachen Gebrauch hatten sie, wenn auch nicht aus eigener Anschauung, sichere Kenntniß. (Viduum Rainerii et Stephanam patris conoubinam et Annam viduum cum nepte sua absum esse, et sanctam palatium lupanar et prostibulum fecisse.) Die Jagd habe er öffentlich ausgeübt. Seinem geistlichen Vater Benedikt habe er des Augenlichts beraubt, worauf Benedikt gestorben sei; den Kardinal Johannes habe er (virilibus amputatis) ermordet; Brandstiftungen habe er verübt und sei mit Schwert, Helm und Panzer angehen einhergegangen. Dies wurde bezeugt. Des Teufels Winne hat er getrunken\*, riefen alle Geistlichen und Laien. Beim Würfelspiel soll er Jupiter, Venus und die übrigen falschen Götter angerufen haben etc.“

Der Kaiser, der während der ganzen Verhandlung nur „sächsisch“ sprach und sich des Bischofs Lindprand als Dolmetschers bediente, sagte zu geben, daß der Belastungszeugen so viele seien, „als Krieger in seinem Heere“; nach nur einmaliger Ladung des Papstes wollte er jedoch nicht in dessen Abwesenheit über ihn urtheilen. Der Papst wurde nochmals unter Mittheilung der Anklage vorgeladen. Seine Antwort, nur an die Bischöfe gerichtet, war kurz:

„Bischof Johannes, der Knecht der Knechte Gottes, an alle Bischöfe. Wir haben sagen gehört, daß ihr einen Anderen zum Papste machen wollt; thut ihr dies, so exkommunire ich euch, so daß ihr Niemanden nicht (sic) weihen und keine Messe feiern dürft.“

Zum dritten Mal erfolgte nach altem deutschen Rechte die Vorladung des Angeklagten. Bemerkenswerth ist hierin der gegen die Schlussworte des päpstlichen Schreibens gerichtete Passus: „Bisher haben wir geglaubt, daß zwei Verneinungen eine Bejahung ausmachen, wenn nicht euer Beispiel die Ansicht der alten Gelehrten in Falle bräde. Doch wir wollen dem, was ihr meint, nicht dem, was ihr sagt, antworten. . . Judas, der Verräther Christi, halte mit den Übrigen von dem Herrn die Gewalt auf Erden und im Himmel zu binden und zu lösen erhalten — — und so lange er gut und Mitjünger war, konnte er binden und lösen; als er aber zum Mörder geworden war, und das Leben Aller lösten wollte, welchen Gebundenen hätte er da noch lösen, welchen Gelöbten noch binden können außer sich selbst, da er sich mit der verfluchten Schlinge aufknüpfte? Gegeben den . . .“

„Als die Boten mit der Vorladung zur Tiber kamen, fanden sie den Papst nicht; er war mit Pfeil und Bogen auf's Feld gegangen und es war Niemand, der seinen Aufenthalt wußte. Als sie ihn nun nicht finden konnten, brachten sie den Brief der zum dritten Mal versammelten Synode zurück. Der Kaiser begann also: „Wir haben keine Ankunft abwarten wollen, um in seiner Gegenwart vorzubringen, was er uns gethan; da wir nun aber bestimmt wissen, daß er nicht kommen wird, so sollt ihr aufmerksam hören, wie treulos er gegen uns gehandelt.“

Der Kaiser, der jetzt erst selbst seine Beschwerden darlegte, erzählte, wie der Papst ihm den vor Zeugen geleisteten Eid gebrochen, wonach er die Auführer Berengar und Adelbert nicht mehr beschützen wollte.

„Hierauf antworteten die römischen Priester und die gesammte Geistlichkeit und alles Volk: „Die unerhörte Verletzung muß durch ein unerhörtes Mittel ausgeglichen werden — Deshalb verlangen wir von der Größe eurer kaiserlichen Macht, daß jenes Schenkel von der heiligen römischen Kirche ausgetrieben und ein Andre an seine Stelle gesetzt werde, der uns mit dem Beispiele eines guten Wandels vorangeht und heilbringend sein könnte.“ Darauf der Kaiser: „Recht ist was ihr sagt. Nichts ist uns lieber, als daß ein solcher Mann sich fände, um über diese heilige Kirche zu gebieten.“

Die Versammlung wählte sofort mit Bewilligung des Kaisers den protoeriniarius Leo durch dreimaligen einstimmigen Ausruf zum Papste.  
So geschähen am 6. Dezember 963.

Als in den 520er Jahren die Nonnen des Klosters zu Volliers sich gegeneinander empörten und mit Mord und Brand sich beschähen, traten auf Veranlassung der fränkischen Könige mehrere Bischöfe zusammen und fasten ein Urtheil, welches folgendermaßen beginnt:

„Da durch Gottes Gnade fromme und rechtgläubige Fürsten dem Volke und Lande gegeben sind, so theilt ihnen nach altem Recht die Kirche ihre eigenen Angelegenheiten mit, indem sie wohl erkennt, daß sie unter der Mitwirkung des heiligen Geistes durch das Gebot der Fürsten zusammengehalten und gekräftigt wird.“

Unterschieden haben dies der Bischof Ebregeisil von Ebin, Bischof Gregor von Tours, Bischof Gundesifil von Vorbeaur und der Bischof von Volliers.  
Mitgetheilt in der fränkischen Geschichte des Bischofs Gregor von Tours, Buch X. Cap. 15.

\*) „Diaboli in amore vinum bibit.“

### In Sachen Spaniens

liegen folgende Telegramme vor:

**Bern, 5. Januar.** Der hiesige spanische Geschäftsträger Graf Almina hat den Bundespräsidenten von der Erhebung des Prinzen Alfons auf den Thron und von der Neubildung des Ministeriums amtlich in Kenntniß gesetzt.

**Paris, 5. Januar.** Der Herzog von Decazes hat gestern dem König Alfons einen Besuch abgestattet. Dem Vernehmen nach wird letzterer morgen von hier nach Marseille abreisen, wo heute drei spanische Panzerregatten zu seiner Abholung eintreffen werden.

Nach einer Unterredung, welche Don Alfonso mit einem Korrespondenten des „New-York-Herald“ gehabt, beabsichtigt derselbe mit England wegen Gibraltar in Unterhandlung zu treten. Als Vorbilder der Art seiner Regierung bezeichnet er England und Belgien. Was das Mittelmeer anbetrifft, so beabsichtigt er dies nach preussischem Muster durchzuführen. Ferner sollen die Gläubiger des Staates sicher gestellt werden. Außerdem wird Don Alfonso vollständige Glaubensfreiheit garantiren. — Der bisherige Botschafter Marquis de Beja hat sich zu längerem Aufenthalt nach Nizza begeben.

### Brief- und Zeitungsberichte.

**DRG. Berlin, 5. Januar.** Wie wir hören, beabsichtigt Fürst Bismarck das von ihm vor Kurzem verkaufte, in der Nähe seiner Lauenburgischen Besitzungen belegene Schloß Friedrichsruhe wieder zu veräußern, da es zu den von ihm beabsichtigten Zwecken sich nicht eignen soll, und im künftigen Frühjahr mit dem Bau eines neuen Schlosses inmitten des Sachsenwaldes vorzugehen. — In Betreff der ehrenrührlichen Untersuchung gegen den Fürsten Putbus, resp. der Zusammensetzung des Ehrengerichts hören wir, daß dies Ehrengericht durch den Kaiser selbst nach den Bestimmungen über die Zusammensetzung der Ehrengerichte und, da Fürst Putbus den Rang eines Majors einnimmt, zusammengesetzt war aus dem Brigade-Kommandeur des Truppenheils, welchem der Fürst aggregirt ist, sowie aus zwei Obersten, zwei Oberlieutenants und zwei Majoren. Das sämmtliche der Immediat-Untersuchungs-Kommission zur Disposition stehende Material hat auch dem Ehrengericht vorgelegen und das Urtheil, welches das Gericht abgegeben hat, wurde von sämmtlichen sieben Ehrengerichtern einstimmig gefaßt. Uebrigens wird demnächst die Rechtfertigungsschrift, welche Fürst Putbus diesem Ehrengericht eingereicht hat, durch den Druck veröffentlicht werden. Diese Publikation soll die Rechtfertigung des Fürsten wiedergeben und die Herausgabe veranlaßt werden, daß sie noch vor Zusammentritt des Landtages vollendet ist, um jedem Mitgliede d. selben ein Exemplar übersenden zu können.

— In der „Nordd. Allg. Btg.“ findet sich nachstehende offiziöse Auslassung:

Durch die Zeitungen lief in den letzten Wochen die Notiz, daß das Berliner Polizei-Präsidium erklärt habe, es könne den Fürsten Bismarck vor neuen Mordeanschlügen nicht schützen. — Eine solche Erklärung ist nun zwar nach zuverlässiger Erkundigung nicht abgegeben. Gleichwohl würde dieselbe nur eine Thatfache konstatirt haben. Denn auch die bestausgestattete und bestorganisirte Polizei ist außer Stande, einen Einzelnen in einer volkreichen Hauptstadt vor menschenlichen Angriffen sicherzustellen. Zu einer Warnung des Fürsten lag und liegt Grund genug vor. Für heute mag es mit dieser Bemerkung sein Bewenden haben.

— Der Prozeß gegen den Bischof Dr. Conrad Martin von Paderborn gelangte heute, wie bereits kurz gemeldet, vor dem königl. Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten zur öffentlichen Verhandlung. Der Gerichtshof war zusammengesetzt aus dem Vizepräsidenten des Ober-Tribunals, Geh. Rath Heinemann, dem Vizepräsidenten v. Schelling, den Ober-Tribunalsräthen v. Diepenbrock-Grüter und Egeling, dem Ober-Staatsanwalt Hartmann, dem Appellationsgerichts-rath Kammerhofer und dem Pfarrer Nieder. Der Anklage war nicht erschienen, hatte auch, wie der Präsident Heinemann konstatarie, sich geweigert, den Instanzations-Schein zu unterschreiben. Der Gerichtshof verhandelte demgemäß in contumaciam. Nach Verlesung des Referats und Begründung des Strafantrags durch den Oberstaatsanwalt ergab sich, daß der Gerichtshof jurisd. und verurtheilte nach dreiviertelstündiger Berathung das Urtheil das dahin geht: der Bischof hat sich so gräßlich gegen die Kirchengesetze vergangen, daß sein Verbleiben im Amte damit unerträglich erscheint und daß er demgemäß seines Amtes als Bischof von Paderborn zu entheben sei.

— Die „Magdeb. Btg.“ bringt folgende zeitgemäße Reminiscenz anlässlich der Meldung aus Rom, daß der Papst das Jahr 1875 zu einem „Jubeljahre“ erklärt hat:

Wie viele christlichen Feste und Gebräuche lehnt sich auch das Jubeljahr der römischen Kirche an das Heidenthum an. Die Römer begingen den Anfang jedes Jahrhunderts durch große Festlichkeiten, ein Gebräuch, der auch bei den Juden in der Feyer ihres Verfassungs- oder Halbjahres im Schwange war, welches aber alle fünfzig Jahre wiederkehrte. Dieser heidnische-jüdische Gebräuch brachte Papst Bonifaz VIII. auf den Gedanken, das Jahr 1300 für ein christliches Jubeljahr zu erklären. Hiermit verband er eine höchst einträgliche Idee. Wer im Jubeljahre nach Rom pilgerte und sein Schicksal auf dem Altare Petri opferte, erhielt vollkommenen Ablass für alle Sünden, die er in seinem ganzen Leben begangen hatte. Die gläubige Menge folgte der Einladung des Papstes. Man hat berechnet, daß im Jahre 1300 über 200.000 Fremde in Rom zusammenströmten, und daß der Gesamttrag des Jubeljahres sich auf fünfzehn Millionen Goldgulden

belief. Allein an Kupfergeld kamen 50,000 Goldgulden ein. Dieser Erfolg übertraf alle Erwartungen. Die Päpste jener Zeit waren bei ihrer Verschwendungslust trotz der ungeheuren Summen, welche aus der gesammten christlichen Welt nach Rom flossen, stets geldbedürftig und hundert Jahre sind eine sehr lange Zeit. Sehr zur rechten Stunde erschien dem Papste Clemens VI. ein ehrwürdiger Greis mit zwei Schüsseln, welcher gebieterisch rief: „Deffne die Pforte!“ — Clemens mußte gehorchen und ordnete an, daß jedes fünfzigste Jahr ein Jubeljahr sein solle. In der Jubelbulle sieht er den Engeln des Paradieses, auch die vom Fegefeuer erlösten Seelen Verjüngten, die auf der Reise nach Rom sterben möchten, in die Freuden des Paradieses einzuführen. Das Jubeljahr 1350 fiel noch einträglich aus, als das erste. Man giebt den Gesamtvertrag des Jahres auf 22 Millionen an. Tag und Nacht standen zwei mit großen Rechen bewaffnete Priester am Altare Petri, um die Opfer der Gläubigen einzustreichen. Das Gedränge in der Kirche war so gewaltig, daß viele Pilger erdrückt wurden. Zehntausend derselben starb an der Pest; im Ganzen sollen weit über eine Million Menschen nach der ewigen Stadt gestürzt sein. Die nachfolgenden Päpste sahen darauf, die goldene Ernte der Jubeljahre immer einträglicher zu machen. Urban VI. verkürzte die Zwischenzeit auf 33 Jahre zum Andenken an das Lebensalter Christi, und Sixtus IV. hatte die Gnade, sie wegen der Kürze des menschlichen Lebens auf 25 Jahre herabzusetzen. Da viele Gläubige verhindert waren, nach Rom zu pilgern, so schickte ihnen Bonifaz IX. der Bequemlichkeit wegen gegen Erlegung des dritten Theiles der Heiligsten den Ablass ins Haus. Trotzdem aber strömten in den Jubeljahre große Massen in Rom zusammen. Unter Nikolaus V. brach die Überbrücke unter der Last der Pilger zusammen, wobei gegen 200 Menschen den Tod fanden. Papst Alexander VI. fügte dem Jubeljahre eine neue Festsetzung hinzu. Von ihm rührt die goldene Pforte an der Peterskirche her. Beim Beginn des Jubeljahres wurde dieselbe geöffnet, nachdem der Papst mit goldenem Hammer drei Schläge gegen dieselbe gethan, und am Schluß des Jahres wieder vermauert. Wer durch diese Pforte ging, war seiner Sünden ledig. Gegen Erlegung einer bestimmten Summe konnte man hierbei auch für einen Abwesenden Ablass erwerben. Aber auch der Zeitraum von 25 Jahren war noch zu lang für die Geldzier der Päpste. Es wurden daher von Zeit zu Zeit noch Extrajubeljahre angelegt. — Es flossen so ungeheure, sich jeder Berechnung entziehende Summen nach Rom, daß die Landesherren anfangen, ihren Unterthanen die Jubelwallfahrten nach Rom zu erschweren. Wesentlichen Abbruch aber erlitt das Geschäft erst durch die Reformation. Die Einnahmen wurden immer geringer, und als Benedict XIV. für 1750 ein Jubeljahr ausschrieb, zogen Bettler und Gesindel in hellen Haufen nach der ewigen Stadt, von denen nichts zu holen war, und welche im Gegentheil zur Plage für die ewige Stadt wurden. Das Jahr 1800 fiel wegen der damaligen politischen Verhältnisse ganz aus und die Jubeljahre 1825 und 1850 gingen, wenigstens außerhalb Roms unbeachtet vorüber.

Dem „Frankf. Journ.“ wird mit Bezug auf eine Bemerkung desselben, daß seit 30 Jahren ein Kommandiren des Militärs zum Garnisons-Gottesdienste in der preussischen Armee nicht mehr statthabe, daß vielmehr der Besuch des Gottesdienstes vom Willen des Einzelnen abhängig, sei, Folgendes geschrieben:

„Dies ist nicht richtig. Ich gehörte vom 1. Oktober 1873 — 1. Oktober 1874 dem in Hannover garnisonirenden 3. Garde-Regiment zu Fuß als Einjährig-Freiwilliger an. Bei genanntem Regimente wurden die katholischen Mannschaften fast jeden Sonn- und Feiertag sämtlich zur Kirche kommandirt. Zum evangelischen Gottesdienste hatte das Regiment in bestimmten Zwischenräumen, ich glaube jeden vierten Sonntag, gegen 500 Mann zu stellen. An den dazwischen liegenden Sonntagen liesserten andere Regimenter die Mannschaften. Ich selbst bin während einer einjährigen Dienstzeit siebenmal zur evangelischen Kirche kommandirt worden. Zur Abendmahls-Feier herrschte indessen kein Zwang.“

Für das in hiesigen Verlage von Duncker und Humblot erscheinende „Staatsarchiv“ wird jetzt eine authentische Ausgabe der Verhandlungen des Prozeßes Arnim vor dem hiesigen kgl. Landgericht veranstaltet. Es ist damit ein Stenograph betrutt, welcher die Zusammenstellung durch Benützung der von verschiedenen Seiten veröffentlichten „Stenographischen Berichte“ und seiner eigenen für das auswärtige Amt aufgenommenen Stenogramme bewerkstelligt.

Trier, 3. Jan. Wie die „Trierer Zeitung“ meldet, hat der kgl. Appellations-Gerichtshof zu Köln die Sache wegen des am Allerheiligentage in der St. Laurentius-Kirche hiersebst stattgefundenen Skandals vor die Assisen zu Saarbrücken verwiesen. Es werden sechs des Aufruhrs angeklagte Personen aus Trier vor dem dortigen Geschworenengericht zu erscheinen und sich zu verantworten haben.

Karlsruhe, 31. Dez. Auf die von Einwohnern Breisachs an den Fürsten Bismarck abgegangene Ehrenbeistandsadresse ist, wie man den „D. N.“ von hier schreibt, eine Antwort folgendes Inhalts eingezangen: „Berlin, den 21. Dezember 1874. Ich danke Ihnen und den Herren Mitunterzeichnern für die Zuschrift vom 9. d. M. und habe mit Freuden von den darin ausgesprochenen freundlichen Gesinnungen Kenntnis genommen. V. Bismarck.“

München, 3. Januar. Das „Bair. Vaterl.“ bringt über die neuesten Vorgänge in Spanien folgenden „höheren Widsinn“:

Das Ereignis des Tages, mit dem der Telegraph alle Welt überreicht, ist die neueste — wie sollen wir doch sagen? sagen wir: Haupt- und Staatsaktion, welche Bismarck und Serrano ausgedacht und soeben in Spanien in Scene gesetzt haben: die Aufrichtung eines liberalen Königthums von Bismarck's und Serrano's Gnaden und ausgestattet mit dem Segen der Logen. Dieser Königreiche Alfonso ist als „König“ von Spanien nichts weiter als die Marionette Bismarck's, eine Figur, durch welche lediglich die Wiederherstellung der katholischen und legitimen Monarchie in der Person des katholischen und einzig rechtmäßigen Königs Karl VII. hintertrieben und verhindert werden soll. Die Sache ist von eminenter Bedeutung; wir ersuchen darin das Vorspiel zum Kriege von 1875, dem Gemitter, welches voraussichtlich die europäische Atmosphäre gründlich zerschütten und Manche himegessen wird, das bisher als erdrückender Alp auf dem Herzen Europas gelastet hat. Wir ersuchen darin — den Anfang vom Ende, den Beginn einer Weltkatastrophe, die sich voraussichtlich zunächst über Frankreich — als nächstes Objekt der internationalen Intrigue der Logen — entladen wird vorerst werden und die verehrlichen Mächte noch einzig's Vergnügen machen, auf deren Anerkennungsschreiben der „Reinerung“ Serrano's noch kaum die Dinte trocken ist und die sich nun heilen werden, die Königspuppe Alfonso eben so „anzuerkennen.“ Die Frage ist: was wird Rußland thun, Rußland, das den Serrano eben so wenig anerkannt hat, wie die Regierung Isabella's, der Mutter des Knaben Alfonso? Nach der Stellung Rußlands werden sich wohl die Allianzen des nachfolgenden europäischen Krieges gruppiren, in dem das neue spanische „Königthum“ das Präliminum ist. Für König Karl VII. und seine gerechte Sache fürchten wir indes von dem gegenwärtigen Intermezzo nicht das Mindeste, so wenig wie für die unsere.

Paris, 2. Jan. Gestern und heute wurden hier die Nachrichten von einem weniger günstigen Verlauf der Schilderhebung für Don Alfonso laut, namentlich war von einem Aufstand in Zaragoza und in Andalusien die Rede. Es scheint indessen, daß diese Gerüchte unbegründet sind; wenigstens ist weder beim Ministerium des Auswärtigen noch bei Herrn Duwayn, in dessen Hand hier die meisten alfonseischen Papiere zusammen laufen, etwas Thatsächliches bekannt, was sie unterstützen. Der junge König ist noch hier und wird auch wahrscheinlich noch einige Tage hier bleiben; er wird — darin stimmt seine Ansicht mit den Rathschlägen seiner Umgebung überein — erst abgehen, wenn die Bahn für seinen Einzug in Spanien frei ist. Vorläufig geht der Plan dahin, daß ein kleines Geschwader ihn in Marseille ab-

holen und in Valenzia ans Land setzen soll. In Paris ist diejenige Partei, welche sich wohl am meisten über den Verlauf der Dinge in Spanien freut, die bonapartistische; sie schöpft daraus ein gutes Omen für ihren Prinzen. Die Legitimisten wissen noch nicht recht, ob sie sich mehr über die Thronbesteigung eines Bourbonen freuen oder über den Schaden, welchen der Carlismus von derselben haben wird, trauern sollen. Wie die Stellung der hiesigen Regierung zu dem Ereignis beschaffen gewesen, ist noch nicht recht aufzuklären. Manche Stimmen behaupten, sie habe für die alfonseistischen Pläne gearbeitet; der Erfolg ihrer Bemühungen könnte dann möglicher Weise ihre Erwartungen überschreiten, in so fern es dem Bonapartisten mehr Freude macht als der orleanistischen Regierung. Andere schreiben ihr montpensierische Neigungen zu. In Spanien, was immerhin zu berücksichtigen sein mag, gingen sogar einige Tage vor dem Pronunciamento Gerüchte von einer Agitation für die Thronbesteigung der Prinzessin Luise Ferdinande, der Gemahlin des Herzogs von Montpensier. Indessen war es fast zu verwundern, daß dieselben hier und da ernst genommen werden konnten. Weder für den Herzog noch für die Herzogin von Montpensier ist, nachdem sie bei der September-Revolution von 1868 nicht gewagt, sich an die Spitze der Bewegung stellen zu lassen, jemals wieder Aussicht auf eine erfolgreiche Thronbewerbung erschienen. Dennoch führen gewisse Widersprüche in den Mittheilungen über die Haltung der französischen Regierung, welche von sonst wohlunterrichteten Personen ausgehen, auf die Vermuthung, daß die Regierung mit beiden Parteien, Alfonseisten sowohl wie Montpensieristen, Anknüpfungspunkte gehabt habe. Vom Carlismus glaubt man allerseits, daß er jetzt der inneren Auflösung verfallen werde; diese Ansicht theilen sogar seine hiesigen Freunde und Helfer. (Köln. Btg.)

London, 3. Januar. In dem „Daily News“ wird zur Erklärung der Austreibung der Jesuiten aus Brasilien in eingehender Darstellung dieses Ereignis als Moment in dem Kampf zwischen der Regierung und dem Ultramontanismus in die richtige Beleuchtung gebracht. Der Bischof von Pernambuco Dom Vibal ist, wie aus diesen Auseinandersetzungen hervorgeht, ein in Frankreich erzogener fanatischer Kapuzinermönch, den die in seiner Diözese wohnenden Jesuiten noch immer mehr in seiner Rebellion gegen die Landesgesetze bestärkten. Da die Regierung die öffentliche Meinung durchaus für sich hat, so richtete sich der Unwille des Volkes gegen die Jesuiten und man mußte sie von ihren Niederlassungen entfernen, um sie überhaupt vor Angriffen zu schützen. Da ferner in Brasilien noch die alten portugiesischen Gesetze gegen den Jesuitenorden zu Recht bestehen, und da die Jesuiten in Pernambuco Ausländer waren, so sind die Schritte der brasilianischen Regierung durchaus unanfechtbar. Der Bischof von Pernambuco büßt seine fünfjährige Gefängnisstrafe in leichtester und behaglichster Weise in einem Fort in der Bai von Rio ab, wo er seine Freunde empfangt und der Regierung täglich 5 Pfund Sterling kostet.

### lokales und Provinzielles.

Fosen, 6. Januar.

In dem Zirkular-Erlasse des Ministers des Innern vom 8. Juni 1874 ist vorgeordnet, daß die Standesbücher durchweg und ohne Ausnahme in deutscher Sprache zu führen sind und daß in Landestheilen mit gemischter Bevölkerung an jedem Orte eines Standesbeamten welcher nicht bei den in Betracht kommenden Sprachen mächtig ist, ein bei dem nächsten Gerichte zu vereidigender Dolmetscher angestellt werden soll. Mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten, welche der Ausführung dieser Bestimmung entgegenstehen, hat der Minister des Innern in Uebereinstimmung mit dem Justiz-Minister genehmigt, daß zum Zwecke der Wahrnehmung der Dolmetscher-Geschäfte bei der Führung der Standesregister Personen vereidigt werden, welche beide in Betracht kommenden Sprachen sprechen, auch wenn sie im übrigen nicht die für gerichtliche Dolmetscher vorgeschriebene Qualifikation besitzen. Die Vereidigung solcher Personen soll in den Landgemeinden dem Landrathe, in den Städten erforderlichenfalls dem Magistrats-Dirigenten übertragen werden.

Auf den Bericht des evangel. Ober-Kirchenraths hat der König folgende Personen zu Mitgliedern der Provinzial-Synode der Provinz Posen ernannt: 1) Birschel, Gutbesitzer auf Oszewo bei Nakel. 2) von der Groeben, Ober-Regierungs-Rath in Posen. 3) von Hirschfeld, Regierungs-Rath in Bromberg. 4) Kleemann, Kaufmann in Posen. 5) Volte, Provinzial-Schulrath in Posen. 6) Suttlinger, Geheim-Regierungs-Rath in Posen. 7) von Tschape, Rittergutsbesitzer auf Broniewice, Kreis Mogilno.

Wie der „Staats-Anzeiger“ mittheilt, hat der evangelische Oberkirchenrath unterm 23. Dezember 1874 eine zweite Nachtrags-Instruktion zur Kirchengemeinde- und Synodalordnung vom 10. September 1873, sowie eine Geschäftsordnung für die Provinzialsynoden der Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien und Sachsen und ein zur Vorlage an die Provinzialsynoden bestimmtes Proprium, betreffend die Aufhebung der Stolgebühren, aufgestellt. Ueber den Inhalt des letzten Schriftstücks theilen wir Folgendes mit:

Das kirchliche Interesse an der gänzlichen Aufhebung der Stolgebühren, deren Gesamtvertrag für die acht allrussischen Provinzen die Summe von einer Million Thaler überschreitet, wird anerkannt. Daß das zahlreiche Vorkommen solcher Fälle, in denen die Trauung und Taufe nicht begehrt wird, zum großen Theil in dem Fortbestehen dieser Gebühren seinen Grund hat und daß die Gebührenpflicht der weltlich-gerichtlichen Einwirkung der Geistlichen auf diesem Felde die erhebliche Hinde- und Vorbe- ist unabweisbar. Bei der Frage nach dem Erlasse jedoch bemerkt der Oberkirchenrath, daß eine rechtliche Verpflichtung des Staates, die Stolgebühren-Einträge zu ersetzen, wenn die Gebührenpflicht kirchlicherseits aufgehoben werde, sich aus § 54 des Gesetzes vom 9. März d. J. nicht ableiten lasse, da dieser nur von Entschädigung für diejenigen Gebührenausfälle handelt, die in Folge des Gesetzes selbst entstehen. Verweigert der Staat aber jede Entschädigung, so ist ein anderes Ersatzmittel als die Steuerkraft der Gemeinden mit Sicherheit nicht in Aussicht zu nehmen. Ob die Benutzung dieser Hilfsquelle nach den in den Gemeinden herrschenden Zuständen und Traditionen in ausgedehntem Maße als rathsam und unbedenklich betrachtet werden dürfe, bleibt zu erwägen. — Nach diesen Erläuterungen proponirt der evangelische Ober-Kirchenrath der Berathung der Provinzialsynoden folgende Fragen: 1) Ist es in Folge des Gesetzes vom 9. März d. J. im kirchlichen Interesse geboten, die den Geistlichen und Kirchendienern (oder in deren Stelle den Kirchenassen) zufließenden Stolgebühren aufzuheben, und zwar für welche Akte? 2) Ist es als Vorbedingung dieser Aufhebung

anzustellen, daß der Staat für den Betrag der aufzubehaltenen Gebühren aus seinen Mitteln — ganz oder theilweise — Entschädigung leistet? 3) Wenn und soweit die Aufhebung ohne Staats-Entschädigung erfolgt, in welcher Weise ist die Ergänzung der wegfallenden Besoldungstheile zu beschaffen? 4) Welche Modalitäten sind kirchlicherseits für die Ausführung der im § 54 des Gesetzes vom 9. März d. J. gegebenen Bestimmungen über die Entschädigung für die dort bezeichneten Stolgebührenausfälle zu empfehlen?

Aus der I. Anlage (Nachweisung des nach sechsjährigem Durchschnitt pro 1866/71 jährlichen Betrages der Stolgebühren in den säkularisirten Provinzen) ergeben wir, daß sich die Totalsumme von 971,874 Thlr. 23 Sgr. 3 Pf. auf die Empfänger in folgender Weise vertheilt: Gebühren für: 1. Kirchenbuchzeugnisse: a) auf die Geistlichen 95,817 Thlr. 20 Sgr. 3 Pf.; b) Kirchenbeamte 9080 Thlr. 19 Sgr. 4 Pf.; c) kirchliche Rassen und andere Berechtigte 468 Thlr. 19 Sgr. 5 Pf.; 2. Taufen: a) auf die Geistlichen 300,694 Thlr. 16 Sgr. 11 Pf.; b) Kirchenbeamte 119,593 Thlr. 28 Sgr. 7 Pf.; c) kirchliche Rassen z. 2133 Thlr. 14 Sgr. 10 Pf. 3. Trauungen (einschließlich der Aufgebote): a) auf die Geistlichen 318,505 Thlr. 18 Sgr. 2 Pf.; b) Kirchenbeamte 122,234 Thlr. 25 Sgr. 10 Pf.; c) kirchliche Rassen z. 3065 Thlr. 9 Sgr. 11 Pf. — Die Anlage II. enthält die Repartition der genannten Stolgebühren pro Jahr nach der Seelenzahl der evangelischen Bevölkerung in den qu. Provinzen. Danach fallen auf den Kopf in Silbergrößen: 1. Posen 3,57; 2. Brandenburg 2,78; 3. Pommern 2,73; 4. Sachsen 2,68; 5. Schlesien 2,34; 6. Preußen 2,04; 7. Westfalen 1,99; 8. Rheinprovinz (land- und gemeinrechtlicher Antheil) 1,28 Sgr.

Durch Kohlendunst ist in neuester Zeit in unserer Stadt eine Anzahl von Personen ums Leben gekommen. In der Nacht vom 1. bis 2. d. Mts. waren 3 Personen in einer Wohnung auf der Wallischei durch zu zeitiges Schließen der Ofenklappe in bewußtlosen Zustand versetzt worden; zwei der Personen wurden ins Leben zurückgerufen, eine blieb leblos. — Gestern Nachmittags wurden in einer Parterrestube des Hauses Thorstraße 13 7 Personen bewußtlos aufgefunden. Vier derselben, eine Arbeiterfrau und deren 14jährige Tochter und 17jähriger Sohn, sowie ein 34jähriger Arbeiter sind nach ärztlichem Gutachten in Folge von Kohlenvergiftung gestorben. Die drei anderen Personen, ein 25jähriger Arbeiter, sowie ein anderer Arbeiter aus Uchorowo und dessen Ehefrau, welche erst vor einigen Tagen hier eingetroffen waren, sind ins städtische Lazareth geschafft worden.

Ostbahn. Von den am 1. Januar 1874 anstellungsberechtigten Assistenten der Ostbahn wurde etwa nur die Hälfte im Monat August befördert, während die Uebrigen bis zum Dezember auf ihre Ernennung zu Betriebssekretären vergeblich warteten. Sie beschwerten sich deshalb direkt beim Kaiser und hatten die Freude, daß noch kurz vor dem Jahreschluss der Befehl zu ihrer sofortigen Anstellung und zur Nachzahlung ihrer Gehälter hier eintraf. — Wie es heißt, sollen die Gehälter der Lokomotivführer der Ostbahn um 20 Prozent aufgebessert werden. Wenn man bedenkt, welche Verantwortlichkeit gerade diesen Beamten obliegt, ferner, welcher Lebensgefahr gerade sie vorzugsweise ausgesetzt sind, und wie viele Menschen sich ihrer strengsten Aufmerksamkeit und Umsicht vertrauen, so kann man sich über die gedachte Anerkennung nur freuen.

Koschmin, 2. Januar. [Versicherung von Gebäuden bei der Provinzial-Feuer-Societät und Abschätzung von Brandschäden.] Die Einschätzung von Gebäuden behufs Versicherung bei der Provinzial-Feuer-Societät und die Abschätzung von Brandschäden an theilweise zerstörten Gebäuden zc. erfolgt vom 1. Januar d. J. nicht mehr durch die Distrikts-Kommissionen und Bürgermeister resp. die ständischen Abschätzungskommissionen, sondern durch die hierzu besonders vereidigten Schätzer. Die Versicherungsnehmer können entweder nach wie vor die Vermittelung der Distrikts-Kommissionen und Bürgermeister in Anspruch nehmen, oder sich direkt an die Schätzer wenden. Die Kosten für das Einschätzungsgeschäft tragen die Gebäudeeigenthümer. Bei Brandschäden fallen dieelben der Provinzial-Feuer-Societät zur Last. — Der Wirkungskreis der Schätzer ist nicht allein auf den Kreis in welchem sie ihren Wohnsitz haben, beschränkt.

Wollstein, 4. Jan. [Wahl. Feuer. Kreiskrankenhause.] An Stelle des vor einiger Zeit nach Beuthen in Oberschlesien versetzten Kreisgerichts-Direktors Herrn Werner wurde heute von der ersten Abtheilung im ersten Wahlbezirk hiesiger Stadt der Kaufmann Böbel Lewin als Wahlmann zur bevorstehenden Abgeordnetenwahl in Boms gewählt. — Am 31. v. Mts. früh 3 Uhr wurde die Brennerlei des Gutbesizers Wolter in Friedrichsfeld im hiesigen Kreise total eingeeichert. Man vermutet, daß das Feuer durch die Entzündung von Torf entstanden sei. — Auf dem jüngst hier stattgehabten Kreistage wurde das von unserem Landrathe Freiherrn v. Narub- Boms auf eigene Kosten errichtete Krankenhaus vom Kreise übernommen. Dieser Tage ist die Bewartung desselben auf dem vom Kreistage gewählten Vorstand, bestehend aus den Herren: Kaufm. Fritz Lieberknecht von hier, Rittergutsbesitzer Daum auf Kiepin und Eigenthümer Rüdiger im nahen Karpitz übergegangen.

Inowracław, 4. Januar. [Chronik.] Inowracław ist in Folge seines industriellen Aufschwungs mit in die Reihe der bedeutendsten Städte unserer Provinz getreten; es blühten daher einige Mittheilungen über die Bergangenheit unserer „Perle des Ostens“ nicht ohne Interesse sein. — Inowracław — nach der von der Regierung neuerdings angeordneten Schreibweise Inowrazlaw — heißt in den ältesten deutschen Urkunden Jungleslau, in lateinischen Juntoladiavia. Neueren Datums ist der allerdings selten gebrauchte Name Jungleslau. Ueber der Zeit der Gründung schwebt ein Dunkel, nur so viel ist erwiesen, daß Inowracław eine Tochterstadt von Wiclawel (vetus Vladislavia) ist. Schon zur Zeit der Eroberungskämpfe der deutschen Ordensritter im 12. Jahrhundert, war Jungleslau neben dem Bisthum Gnesen und dem Bisthum Kruszwitz ein bekannter Ort. Im Jahre 1185 wird unsere Stadt zuerst urkundlich erwähnt. Sie gehörte damals dem Herzog Lesco von Masorien, war Marktort und herzogliche Mühlgasse. Auf den Eroberungsjahren des Herzogs Swentopolk (Swietopolk) von Pommern wurde aus Rußwien erwirkt und Jungleslau im Jahre 1239 durch Brand von Grund aus zerstört. Schon ungefähr um 1240 erhielt Inowracław von dem Herzog Kasimir von Rußwien deutsches (magdeburger) Recht. Unter Anführung des Fürsten Woleslaw von Kalisch belagerten in den Jahren 1258 und 1269 die Großpolen unserer Stadt. Im Jahre 1332 wurde dieselbe von den deutschen Ordensrittern erobert, die sie indes schon 1342 wieder an den König Kasimir von Polen, den letzten Piasten-König herausgaben. Kasimir der Große hielt im Jahre 1343 einen „großen Tag“ der polnischen Fürsten, Geistlichen und Städte ab behufs Genehmigung des mit den Ordensrittern zu Kalisch geschlossenen enderblichen Vertrages, die jedoch nicht erfolgte. Im Jahre 1375 stürmte Wladislaw der Weise, Fürst von Gnielowo, diese Stadt und im Jahre 1377 erhielt sie der Fürst von Oppeln, Wladislaw, zum Leben von Ludwig, dem Könige von Ungarn und Polen. Wahrscheinlich kam Inowracław zu Wladislaw's Jagiello's Riten an die Krone Polens zurück. Im Jahre 1396 fand in Inowracław eine abermalige Zusammenkunft der Polen mit den Ordensrittern statt, und bei dieser Gelegenheit soll die Königin Hedwig, gleichsam vom prophetischen Geist befeelt, den Untergang des Ordens verkündet haben. Im Jahre 1406 wurde eine Wohnstadt Inowracław errichtet und Inowracław die Hauptstadt derselben. Die Grenzen dieser Wohnstadt erstreckten sich gegen Westen und Norden bis zur Wohnstadt Komornen und die Weichsel am Culmischen Lande; im Osten bildete die Weichsel im Süden die Wohnstadt Gnesen die Grenze. Im Jahre 1425 hatte die Stadt einen Bürgermeister, 5 Rathsherren, und 7 geschworene Schöffen. Im Kriege der Ordensritter Wladislaw Jagiello wurde Inowracław 1430 vollständig eingeeichert

und verlor hierbei sämtliche Stadturen. An Stelle der durch Krieg und Brand verloren gegangenen Dokumente der Stadt ertheilte ihr Kasimir III., König von Polen, am Mittwoch vor Frohnleichnam des Jahres 1450 ein neues Privilegium, wonach die Stadt auch ein Bad besaß. 1458 hatte die Stadt 20 bewaffnete Fußgänger, 1578 nur 1 Fußgänger, 1 vierpännigen Wagen und eine Marktleaderin zu stellen. Damals war sie mit einer Mauer, 3 Thoren, 2 Wällen, 18 Bastionen und 2 Gräben versehen. Im Jahre 1564 wird die Zahl der steuernden Einwohner von Inowracław auf 220. 1578 die Zahl der Häuser auf 310 angegeben. Der von Kasimir 1450 gegebene Freibrief ist von den folgenden Königen von Polen bestätigt worden, so daß sich unsere Stadt im Besitze folgender genannter Urkunden befindet: 1) vom König Sigismund I. d. a. 1523, 2) vom König Stephan (Bathori) d. a. 1576, 3) vom König Sigismund III. d. a. 1614, 4) vom König Johann Kasimir d. d. Warschau, 7. November 1649, 5) vom König Johann III. d. d. Krakau, 12. März 1676 und d. d. Warschau, 18. März 1681. 1656 wurde die Stadt in den Kämpfen zwischen Polen und Schweden von den Letzteren niedergebrannt. Im 18. Jahrh. war Inowracław nur noch eine verfallene Stadt, wenn auch der Sitz eines Grodgerichtes. Bei der 1. Theilung Polens und in Folge des vom König Friedrich II. von Preußen am 13. September 1772 erlassenen Patents und des mit der Krone Polens am 18. Septbr. 1773 zu Warschau geschlossenen Traktats kam Inowracław unter preussische Herrschaft. Die Stände und Einfassen aus dem Regedistrikt leiteten am 22. Mai 1775 zu Inowracław die allgemeine „Erb-Landes-Eulibung“. Die Stadt Inowracław hatte hierzu ihren Bürgermeister Johann George Wolter deputirt. Schon während dieser Zeit war hier eine Salpetersiederei im Betriebe, die später eingegangen ist. 1779 hatte die Stadt 193, 1788 299 schlechte, von Holz gebaute Wohngebäude, außerdem 1 Franziskanerkloster und 5 Kirchen, von denen heute nur noch die Nikolaikirche im Gebrauch ist. Sie gehört unstrittig den ältesten hiesigen Bauwerken an und ist wahrscheinlich schon im 13. Jahrhundert erbaut worden. Die Marienkirche ist eine Ruine, von der Heiligengeistkirche ist keine Spur mehr vorhanden, die Klosterkirche ging bei Säkularisation des Klosters im Jahre 1819 in Privatbesitz über, die Jacobskirche ist im Jahre 1849 abgebrochen worden. Die Einwohnerzahl betrug im Jahre 1799 1433. Durch den Friedensschluß zu Tilsit — 9. Juli 1807 — ging Inowracław in das neugegründete Herzogthum Warschau über, kehrte aber in Folge Verträge zwischen Preußen und Rußland vom 3. Mai 1815 als Bestandteil des damals gebildeten Großherzogthums Posen an Preußen zurück. Das Wappen der Stadt ist ein schwebender Adler zwischen zwei Thürmen. Die Einwohnerzahl betrug bei der letzten Volkszählung 1871 7600. Durch Allerhöchste Kabinettsordre vom 24. September 1835 wurde unserer Stadt die reviviscirende Stadtordnung vom 17. März 1831 verliehen. Von hier ab bietet die Chronik unserer Stadt des Wertwirdigen wenig. Die Stadt findet Erwähnung in der Tscherschen-affaire in den 50er Jahren und in den Annalen des Polenaufstandes von 1863. Das Cholerajahr 1873 hat Inowracław den wenig schmeichelhaften Namen eines preussischen Capenne verschafft. Der Neuzett war es vorbehalten, unserm Ort einen Namen zu verschaffen. Wodurch dies geschehen, ist auch an dieser Stelle schon des Deuteren erwähnt worden.

### Prozeß Ofenheim.

Ueber den weiteren Gang der Verhandlungen im Prozeß Ofenheim wird Folgendes telegraphisch gemeldet:

Wien, 5. Januar. Die heute Vormittag eröffnete Sitzung begann mit dem Generalverhör des Angeklagten. Derselbe gab einen kurzen Abriss seines früheren Lebens und bezeichnete als Grund, weshalb er die Stelle als Generaldirektor der Lemborg-Cernowitzer Eisenbahn niedergelagt, daß ihm von einer hochgestellten Person versichert worden sei, es werde in diesem Falle seitens des Handelsministers von einer Sequestrierung der Bahn abgesehen werden. Sein gegenwärtiges Vermögen bezifferte der Angeklagte auf 800,000 fl. in Realitäten und 300,000 fl. in Effekten, die jedoch nur mit 10 pCt. des Nominalwerthes in Anspruch zu bringen seien. Vor der Börsenkatastrophe habe er 2 1/2 Millionen fl. besessen und verdante er sein Vermögen der Lemborg-Cernowitzer Bahn. Die schwierige Durchführung dieses Unternehmens habe ihn mit anderen sehr lukrativen Unternehmungen in Verbindung gebracht und ihm zu zahlreichen anderweitigen Theilnahmen verholfen. Er habe im Ganzen 17 Verwaltungsrathsstellen bekleidet. Der Angeklagte verbreitete sich hierauf über die Entstehungsgeschichte der Lemborg-Cernowitzer Bahn, für deren Bau er die englische Firma Brassey zu interessieren gewußt und für die er im Jahre 1861 die Konzession erlangt habe. Nach weiteren ausführlichen Auslassungen über die Bildung der betreffenden Aktiengesellschaften, über die Finanzierung des ganzen Unternehmens und über seine Ernennung zum Generaldirektor erklärte der Angeklagte, der Bau der Eisenbahn sei sofort begonnen worden und habe er die Engländer dabei zwar mit Rath und That nach Möglichkeit unterstützt, habe aber andererseits als Baubereiter den Bauunternehmern gegenüber streng an allen Forderungen festgehalten, zu denen er irgend berechtigt gewesen. Auf die Frage des Vorsitzenden, wie er sich der Grundeinkünfte gegenüber verhalten, erwiderte der Angeklagte, Brassey habe nach längerer Verhandlung die Grundeinkünfte unter der ausdrücklichen Bedingung übernommen, daß er, der Angeklagte, mit der Vornahme derselben beauftragt werde.

Der Angeklagte giebt ferner zu, daß er Brassey bei dem Ankaufe der Eisenbahnstellen unterliege, er behauptet indes, daß er selbst nicht Schwellenlieferant gewesen sei. Ebenso habe er zwar mit der Anglobank für Brassey betriebsgenössiger Finanzoperationen unterhandelt, er habe dies jedoch mehr im Interesse einer schnellen Beendigung des Bahnbau als im Interesse des Bauunternehmers gethan. Auch beim Bau der Strecke Cernowitz-Suczawa habe er Brassey unterstützt, insofern, als er die Arbeiten, welche die Grundeinkünfte betrafen, durchgeführt habe. Sein Konflikt mit der Regierung habe begonnen, als der gegenwärtige Handelsminister diesen Posten übernommen habe. Schon bei seinem ersten Besuche habe er sich eine antipathische Gesinnung desselben gezeugt, weil er mit der Eisenbahnpolitik des Handelsministers nicht einverstanden gewesen sei. Der Konflikt habe sich später noch mehr verschärft, weil er gewisse Konzessionen, die ihm der Handelsminister habe zuwenden wollen, als unausführbar abgelehnt habe. Aber erst nach der „großen“ Rede, die er gegen den Handelsminister gehalten, sei die Lemborg-Cernowitzer Bahn als eine schlechte bezeichnet und eine Kommissions-Kommission abgesendet worden, die einen Bericht voller Unwahrheiten erstattet habe. Nachdem der Präsident den Angeklagten wegen dieses Ausdrucks juristisch gewiesen, fährt der Angeklagte fort, die Situation der Gesellschaft sei bei seiner Demission die möglichst günstigste gewesen. Der Präsident bemerkt dem Angeklagten gegenüber, die Gesellschaft habe sich doch geunthun gesehen, eine Prioritätsanleihe aufzunehmen, der Angeklagte erwidert, es sei dies unter glänzendsten Bedingungen geschehen. Betreffs der von Brassey erhaltenen 190,000 Pfd. Sterling deponirt der Angeklagte, dieser Betrag sei nicht von ihm, sondern zwischen den englischen Unternehmern und den Konzeßionären abgeschlossen worden. Aus dieser Summe seien auch ohne alle Vermittelung von seiner Seite die Gründeransprüche befriedigt worden, und seiner Ansicht nach hätten Gründer, die für die korrekte Ausführung einer Konzession haften, auch ein Recht auf einen Gründergewinn. Er selbst habe von Brassey nur ein bescheidenes Geschenk erhalten und sich zu dessen Annahme um so mehr für berechtigt gehalten als er zu jener Zeit noch nicht Generaldirektor gewesen. Auch sei dieser Vertragspunkt vollständig bekannt gewesen und habe der ersten Generalversammlung gedruckt vorgelegen.

Der Angeklagte weist gegenüber der Anklage nach, daß 190,000 Pfd. Sterl. wirklich an Brassey ausbezahlt wurden und produziert die Kopie der betreffenden Quittungen. Ueber die Verwendung dieser Summe könne er keine Auskunft geben, da die Ausgaben in London gemacht worden seien. Das Memorandum von Drake an die Konzeßionäre gebe darüber Aufschluß. Darnach habe der Angeklagte als Entschädigung für seine Bemühungen 5000 Pfd. Sterl. erhalten, sollen

und der Verwaltungsrath habe diesen Betrag bestätigt. Auf die Einwendung des Präsidenten, daß dadurch die Aktionäre verkirrt worden seien, erwiderte Ofenheim, daß die Aktionäre vor ihrer Subskription von den von ihnen zu übernehmenden Lasten Kenntniß gehabt hätten. Ueber den Umstand, daß an Herz die ungeheure Entschädigung von 290,000 fl. ausbezahlt wurde, weiß der Angeklagte Nichts zu sagen. Der Präsident läßt darauf ein Schreiben von Herz an Ofenheim verlesen, in welchem ersterer diesem für seine Bemühungen seinen Dank ausdrückt.

### Staats- und Volkswirtschaft.

Wien, 5. Jan. Die Einnahmen der franz.-österreich. Staatsbahn betragen am 1. und 2. Jan. 118,259 fl.

\*\* Preussische Bank. Wochen-Uebersicht vom 31. Dezbr. 1874.

Aktiva:	
1. Geprägtes Geld und Barren	Thlr. 203,511,000 — 574,000
2. Kassen-Anweisungen, Privat-Banknoten u. Darlehnskassen-Scheine	= 3,507,000 + 291,000
3. Wechsel-Bestände	= 123,078,000 + 8,323,000
4. Lombard-Bestände	= 22,727,000 + 4,325,000
5. Staats-Papiere, verschiedene Forderungen und Aktiva	= 5,453,000 + 29,000
Passiva:	
6. Banknoten in Umlauf	Thlr. 279,474,000 + 10,618,000
7. Depositen-Kapitalien	= 32,633,000 — 211,000
8. Guthaben der Staatskassen, Institute und Privatpersonen, mit Einschluß des Giro-Verkaufs	13,484,000 — 753,000

In der letzten Woche des abgelaufenen Jahres hat bei der Preussischen Bank eine bedeutende Zunahme des Verkehrs stattgefunden, die sich in dem neuesten Bankausweis sehr klar dokumentirt. Das Wechselportfeuille hat sich um 8,323,000 Thlr. erhöht, die Lombard-Bestände sind um 4,325,000 Thlr. in die Höhe gegangen und im Zusammenhang damit ist der Banknoten-Umlauf um 10,618,000 Thlr. gestiegen, während der Haarbarrath um 574,000 Thlr. zurückgegangen ist. Dies sind Veränderungen, die bedeutend genug erscheinen, um Aufmerksamkeit zu erregen, und man wäre berechtigt, aus ihnen auf einen bevorstehenden neuen Aufschwung von Handel und Verkehr zu schließen, wenn nicht alle anderen Umstände dagegen sprächen. So wie die Verhältnisse aber zur Zeit liegen, kann man eben nur annehmen, daß der erhöhte Geldbedarf, welcher meist am Jahresschluß hervortritt, auch diesmal wirksam gewesen ist und daß dem scheinbaren Aufschwung binnen Kurzem der Rücklauf folgen wird. Das Guthaben der Staatskassen hat sich abermals, und zwar um 753,000 Thlr. vermindert, so daß diese Posten des Ausweises zur Zeit noch 13,484,000 Thlr. umfaßt.

\*\* Braunschweiger 20-Thlr.-Loose. Ziehung vom 31. Dez. 1874, zahlbar vom 31. März cr. an. Serien: 14 149 291 628 765 967 1001 040 217 281 473 534 579 585 897 2117 279 324 491 517 690 787 3251 276 411 629 4279 438 718 779 5003 619 681 840 943 6034 117 153 387 453 704 758 830 919 947 7028 176 177 242 274 311 398 461 544 571 634 717 737 969 8440 529 855 9053 573 614 720 783 863. Gewinne a 20,000 Thlr. Ser. 7398 Nr. 16 a 5000 Thlr. Ser. 7082 Nr. 36 a 2000 Thlr. Ser. 7082 Nr. 36, a 600 Thlr. Ser. 9573 Nr. 50, a 200 Thlr. Ser. 1585 Nr. 19, Ser. 2117 Nr. 46, Ser. 2517 Nr. 41, Ser. 2690 Nr. 35, Ser. 7694 Nr. 33, Ser. 8440 Nr. 19, Ser. 8529 Nr. 32, Ser. 8855 Nr. 38, Ser. 9053 Nr. 23, Ser. 9614 Nr. 43, a 70 Thlr. Ser. 1040 Nr. 31, Ser. 2324 Nr. 46, Ser. 4437 Nr. 2, Ser. 4779 Nr. 39 49, Ser. 7717 Nr. 49, Ser. 7717 Nr. 28. Alle übrigen in den Serien enthaltenen Nummern 21 Thlr.

\*\* Leipzig, 5. Jan. Die heute hier stattgehabte Versammlung deutscher Wollwaren-Fabrikanten, welche von über 1000 Personen besucht war, hat beschloffen, zur Beseitigung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Mißstände zunächst dahin zu wirken, daß die Produktion in das richtige Verhältnis zur Konsumtion gebracht werde. Die Versammlung beschloß ferner, die Einschaltung von Rügegerichten gegen säumige Zahler in den verschiedenen Fabrikdistrikten, die Einföhrung des in England bestehenden kaufmännischen Verrechnungssystems, sowie die Einschränkung des Kredits, endlich die Wahrnehmung der Interessen der Fabrikanten bei dem Abschluß neuer Handelsverträge des deutschen Reichs mit dem Auslande anzuzustreben.

\*\* Anleihe der Stadt Brüssel von 1853. Ziehung am 31. Dezember v. J., Auszahlung ab 31. März c. (Hauptgewinne.) Nr. 56 483 a 25,000 fr. Nr. 65 525 a 10,000 fr. Nr. 11 717 19,307 22,983 26,522 33,879 49,524 54,345 55,785 56,065 56,556 a 9000 fr. Nr. 1735 3793 11,513 20,013 21,184 24,649 36,208 36,457 49,531 51,838 a 500 fr. Nr. 19 758 37,855 51,333 a 300 fr. Nr. 24,404, 27 934 28,058 31,038 35,413 38,218 41,263 43,659 48,815 55,532 60,327 63,259 64,314 67,779 69,694 a 200 fr.

\*\* Zur Warnung. Aus Italien geht verschiedenen deutschen Zeitungen aus guter Quelle folgende Mittheilung zu: Nach Berichten aus Deutschland haben die in Neapel bestehenden Firmen: Antonio Conti Baldini u. Co., Nocolo Sgambati u. Co., John Boffard u. Co. versucht, Waaren aus verschiedenen Gegenden Deutschlands zu beziehen gegen Accept, die entweder Nocolo Sgambati u. Co oder John Boffard u. Co. auf London oder Berlin ausgestellt haben und zwar auf Firmen, die an genannten Plätzen gar nicht existiren. Es dürfte somit deutschen Fabrikanten anzurathen sein, im Verkehr mit jenen Neapolitanischen Firmen Vorsicht anzuwenden.

### Vermishtes.

\* Stendal, 30. Dezbr. Auf dem Gute des an der Bahnstrecke zwischen Stendal und Spandau gelegenen Dorfes Nennhausen hat sich ein schreckliches Unglück zugetragen. Der Amtmann Pim aus Liepe bei Nennhausen besuchte vor einigen Tagen den Amtmann im letztgenannten Dorfe. Eben angekommen, läßt er seine beiden Pferde, russische Ponnyhengale, in einen Stall bringen, in dem noch andere Pferde standen. Hier entstand aber in ganz kurzer Zeit ein solcher Spektakel, daß sich die Knechte genöthigt sahen, hinzuzueilen und Ruhe zu stiften. Aber in demselben Moment entpinnst sich eine schreckliche Scene. Wuthschreiend stürzt der eine der Ponny's auf den zuerst in den Stall getretenen Knecht, ergreift ihn, zerstückt den Unglücklichen so, daß er in wenigen Sekunden förmlich in seinem Blut schwimmt, und beißt sein Opfer dann dermaßen in die Gurgel, daß der Tod auf der Stelle erfolgt. Voller Entsetzen stiechen die auf das Jammergeschrei Herbeigeeilten, um nicht ebenfalls ein Opfer des wüthenden Thieres zu werden, und hinterbringen die schreckliche Nachricht ihrer Herrschaft. Amtmann P. ergreift schnell ein an der Wand hängendes geladenes Gewehr und schießt nach dem rasenden Thier, macht dasselbe aber nur noch wüthender, da das Gewehr mit seinem Schrot geladen war, und wie er eben dabei ist, das Gewehr mit einer Kugel zu laden, bricht ein harmlos des Weges daher kommender Arbeiter um die Stalle, der von der Bestie ebenfalls in wenigen Stunden zur Leiche gemacht wird. Die das Thier niederstreckende Kugel kam zu spät, um wenigstens das zweite Menschenleben zu retten. Beide Opfer hinterlassen Frauen und Kinder. (Allm. Z.)

\* Jericho, 31. Dezember. Am ersten Feiertage Morgens erlebten wir hier ein eigenes Schauspiel. In dem vom Bergbau unter-nommenen Stadttheile senkte sich plötzlich, unter dumpfem Getöse, eine 60 Schritt breite und 120 bis 130 Schritte lange Fläche ungefähr 3 bis 4 Fuß tief. Zum Glück waren an dieser Stelle keine Häuser mehr, dieselben waren schon in den letzten zwei Jahren wegen Gefahr des Einsturzes polizeilich entfernt worden. Die städtische Straße, welche mitten durch diese gesunkene Fläche führt, zeigt drei gewaltig kassende Querrisse, deren Tiefe sich kaum bestimmen läßt. Hurrig waren die Vertreter der Berggesellschaft zur Stelle, nicht, um sich in den Riß

hinabzustoßen, wie weiland der Römer Curtius es that, sondern um mit dem bei der Galmelwäse hoch aufgeschürmten Schlamm die Risse und Senkungen liebevoll zu bedecken, damit auch dieser handgreifliche Beweis von den Verwüstungen des hierorts getriebenen Bergbaues rasch den Augen des Publikums entzogen würde. Doch der Arm der hiesigen Polizei, welche, nebenbei gesagt, unerhörte Arbeiten und Mäde-rei gerade des Bergbaues wegen schon Jahre lang hat tragen müssen, war sofort zur Stelle, inhibirte die an sich doch nur unüberlegte Tantalus-Arbeit und sperrte die Fläche durch Holzverschlag ab.

\* Aus Prag, 23. Dezbr., schreibt man: Die Vorkenkäfer-Kalamität im Böhmerwalde ist leider noch immer nicht ganz beseitigt, wie nachstehende statistische Daten beweisen. Der gesammte Böhmerwald umfaßt 648,276 Joch Waldungen. Von diesem Gesamt-areal sind in den Bezirken Kruman, Brachattis, Schüttenhofen und Klatau nicht weniger als 145,232 Joch vom Vorkenkäfer befallen, wovon nahezu 50 Prozent auf die Forste der Gemeinden entfallen. Es erbeilt aus diesen Ziffern zur Genüge, wie verheerend das fürchterliche Insekt in unserem schönen Böhmerwalde gehaust haben muß, und wie großer Anstrengungen es noch immer bedarf, um der durch dasselbe hervorgerufenen Kalamität Herr zu werden.

\* Ledru Rollin. Aus Paris kommt die Kunde, daß Ledru Rollin, der unvergängliche Helden-Franzose, am 2. Februar 1808 in Paris, wurde Ledru Rollin als Advokat namentlich durch seine Plaidovers in politischen Prozessen am pariser Kassationshofe bekannt. 1844 trat er in die Kammer der Deputirten, theilhaftige sich lebhaft bei der Reform-Agitation von 1847, ward im Februar 1848 Mitglied der provisorischen Regierung und Minister des Innern, gehörte dann dem Regierungs-ausschusse der Fünfmänner an und wurde in Folge des Juntaaufstandes 1848 vom Staatsruder entfernt. Nach der mißlungenen Meuterei im Jahre 1849 lebte er als Mitglied des Revolutions-Komite's in London und lehrte erst im März 1870 in Folge der Annexion nach Paris zurück. Er hat seinen Ruf überlebt, und auch als Republikaner der Sozial-Demokratie war er schon vor seinem Tode fast vergessen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wagner in Posen.

### Angewandte fremde vom 6. Januar.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Kaufleute Friedländer a. Berlin, Wöhl a. Breslau, Landhof u. Frau a. Stettin, Zeb a. Berlin, Armer a. Leipzig, Grundmann a. Berlin, Biermann a. Barmen, Martin a. Breslau, Rittergutsbes. Schön a. Tarnowo.

BUCKOW'S HOTEL DE ROME Rittergutsbesitzer Weiland a. Berlin, Kreisgerichtsrath Siemann u. Frau a. Magdeburg, Ingen. Marlow a. Berlin, die Kaufleute Wolfsohn a. Neustadt b. Winne, Hoff, Bärmwald u. Hübler a. Berlin, Beder a. Pforzheim, Wond a. München, Strauß a. Jittau.

STEIN'S HOTEL DE PEUPOLE. Die Kaufleute Bond a. Breslau, Seyle a. Würzburg, die Rittergutsbesitzer v. Kierst a. Pöborka, v. Kiernowski a. Bielke Lepno, Frau v. Kryzanska a. Bielgoraj.

C. SCHARFFENBERG'S HOTEL. Die Kaufleute Nachwalsky a. Berlin, London a. Breslau, Kohn a. Paderm, Zschauer a. Rattowitz, Forstverwalter Hellenschmidt a. Stencheswo, Landwirth Fleisemann a. Breslau, Oberinspektor Streich a. Sady, Maurermeister Zimmermann a. Schroda.

### Bis 11 Uhr Vormittags eingegangene Depeschen.

Bamberg, 6. Januar. Der Erzbischof Deinlein ist in Folge des erlittenen Schlaganfalls gestern Nachmittag 2 Uhr verschieden.

Versailles, 5. Januar. Die Nationalversammlung beschloß mit 416 gegen 250 Stimmen die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes in Algier, nachdem der Minister des Innern für die Aufrechterhaltung gesprochen hatte.

Versailles, 5. Januar. Die Kommission zur Vorberathung der konstitutionellen Gesetze beschloß, morgen in der Nationalversammlung zu beantragen, daß das Senatsgesetz sogleich nach Beratung des Kadres-Gesetzes beraten werde. Die Kommission nahm die Klausel im Senatsgesetz, wonach dasselbe erst nach Festsetzung der Bestimmungen über die Transmision der Gewalt in Kraft treten soll, an. Don Alfonso empfing den portugiesischen Gesandten und Rothschild. Seine Abreise erfolgt morgen Nachmittag 5 Uhr.

Madrid, 5. Januar. Die Ruhe ist allenthalben ungestört.

### Telegraphische Börsenberichte.

Breslau, 5. Januar, Nachmittags (Getreidemarkt). Spiritus pr. 100 Liter 100 pCt. pr. Jan. 54, 00, pr. April-Mai 55, 70. Weizen pr. April-Mai 186, 00. Roggen pr. Januar 153, 40 pr. April-Mai 150, 00. Kübbel pr. Januar 51, 50, pr. April-Mai 54, 50, pr. Juni-Juli 55, 50. Thannmeter.

Köln, 5. Januar, Nachmittags 1 Uhr. (Getreidemarkt). Wetter Thauwetter. Weizen matt, hiesiger loco 21, 00, fremder loco 20, 25, pr. März 19, 65, pr. Mai 19, 40, Roggen flau, hiesiger loco 18, 50, pr. März 15, 40, pr. Mai 15, 05. Hafer loco 20, 00, pr. März 18, 25, pr. Mai 18, 05, Kübbel matt, loco 29, 70, pr. Mai 30, 70, pr. Oktober 31, 90.

Hamburg, 5. Januar. Getreidemarkt. Weizen loco und, auf Termine flau. Roggen loco und, auf Termine matt. Weizen 126-pfd. pr. Jan 1000 Kilo netto 190 B., 188 G., pr. Januar-Februar 1000 Kilo netto 191 B., 189 G., pr. April-Mai 1000 Kilo netto 191 1/2 B., 190 G., pr. Mai Juni 1000 Kilo netto 193 B., 192 G. Roggen pr. Januar 1000 Kilo netto 160 B., 158 G., pr. Januar-Februar 1000 Kilo netto 160 B., 158 G., pr. April-Mai 1000 Kilo netto 153 B., 152 G., pr. Mai Juni 1000 Kilo netto 152 1/2 B., 151 1/2 G. Hafer und Gerste und. Kübbel matt, loco und pr. Januar 55, pr. Febr.-März 44, pr. April-Mai 45, pr. Mai-Juni pr. 100 L. 100 pCt. 45 1/2. Kaffee sehr fest, Umsatz 4500 Sack. Petroleum still, Standard white loco 11, 80 B., 11, 60 G., pr. Januar 11, 60 G., pr. Januar-März 11, 30 G., pr. Aug.-Dezember 12, 30 G. — Wetter: Regnerisch.

Bremen, 5. Januar. Petroleum (Schlußbericht). Standard white loco 11 Mt. 85 Pf. Sehr fest.

Paris, 5. Januar, Nachmittags (Produktenmarkt). (Schlußber.) Weizen ruh., pr. Jan., pr. Februar 25, 50, pr. März-April 25, 75, pr. Mai-August 26, 50. Wehl fest, pr. Januar und pr. Februar 53, 50, pr. März-April 53, 75, pr. Mai-August 56, 00. Kübbel rubia, pr. Januar 75, 00, pr. März-April 76, 50, pr. Mai-August 78, 00, pr. Septbr.-Dezember 79, 50. Spiritus matt, pr. Januar 52, 25, pr. Mai August 55, 50.

London, 5. Januar, Nachmittags. Getreidemarkt (Schlußbericht). Der Markt schloß für sämtliche Getreidearten bei schlep-pendem Geschäft fest. Hiesiger Weizenvorrath 122,922 Otrts. — Wetter: Milde, feucht.

Glasgow, 5. Januar. Roheisen. Mixed numbers warrents 76 Sch. —

Liverpool, 5. Januar, Vormittags. Baumwolle (Anfangsbericht). Nuthmäglicher Umsatz 12,000 B. Fest. Verschießungen 1/2 theurer. Tagesimport 71,000 B., dab. 61,000 B. amerikanische. 3000 B. ostindische.

